

Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

Höchstes Gericht entscheidet über Quotierungssystem

Die von der Regierung Rao geplante Ausdehnung des Quotierungssystems für Stellen im öffentlichen Dienst um weitere zehn Prozent ist in einem weitreichenden Urteil vom obersten Gericht in New Delhi verworfen worden. Die indische Verfassung sieht vor, für bestimmte sozial und wirtschaftlich benachteiligte Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Angehörigen der sogenannten Scheduled Castes und Scheduled Tribes, Stellen im öffentlichen Dienst zu reservieren. Die Regierung Rao plante, über die schon bestehenden Quoten hinaus (etwa 50 Prozent der Stellen für Scheduled Castes, Scheduled Tribes und 'andere wirtschaftlich und sozial benachteiligte Gruppen'), weitere 10 Prozent der freien Stellen für wirtschaftlich benachteiligte Personengruppen zu reservieren, die von den bisherigen Quotierungen noch nicht erfaßt sind. Der Regierungsplan beruhe ausschließlich auf ökonomischen Kriterien, die allein nicht ausreichend seien, die Benachteiligung einer Bevölkerungsgruppe zu erfassen, so die neun Richter in ihrem Urteil. Gleichzeitig hat das Gericht eine Obergrenze von 50 Prozent der offenen Stellen für Reservierungen festgeschrieben und deutlich gemacht, daß das Quotensystem nur bei Einstellungen, nicht jedoch bei Beförderungen anzuwenden sei. Das Urteil verpflichtet die Regierung, innerhalb der nächsten vier Monate, d.h. bis März 1993, Kriterien zu entwickeln, die es ermöglichen, die bessergestellten Personengruppen unter den "sozial und bildungsmäßig rückständigen Klassen" (socially and educationally backward classes) von dem Reservierungssystem auszuschließen.

Kaum war diese Gerichtsentcheidung veröffentlicht, kam es in verschiedenen Städten - vor allem in Nordindien - zu gewalttätigen Unruhen. In Delhi, Varanasi, Meerut und Gorakhpur zerstörten aufgebrachte Studenten Busse, attackierten Polizisten und blockierten wichtige Verkehrswege. Ihr Protest richtet sich gegen die, von der so-

genannten Mandalkommission empfohlene und bestätigte Öffnung des Quotensystems auch für Angehörige der 'Other Backward Classes', d.h. für wirtschaftlich und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen, die weder den Scheduled Castes noch den Scheduled Tribes angehören.

Betteln verboten?

Das Sozialministerium in New Delhi hat eine Gesetzesvorlage vorbereitet, wonach in Delhi und den übrigen Unionsterritorien das Betteln verboten werden soll. Nach Vorstellungen des Ministeriums soll selbst die Abgabe von "gekochtem und ungekochtem Essen und Kleidung" an Bettler verboten werden. Wahrsager, Gaukler und Straßenkünstler sollen keine Almosen mehr entgegen nehmen dürfen. Als Strafmaß sieht der Gesetzesentwurf Haftstrafen von 6 bis 24 Monaten vor. Sieht man einmal von der Frage nach der Durchsetzbarkeit eines solchen Gesetzes, seiner Verträglichkeit mit vielen indischen Traditionen und der Frage ab, inwieweit sozio-ökonomische Probleme durch ihr Verbot beseitigt werden können, stellt sich die Frage, wie gegen das Betteln der indischen Regierung bei der Weltbank um immer neue Kredite vorgegangen werden soll.

Preston in Bombay

Während des Besuchs des Weltbankpräsidenten Lewis T. Preston in Bombay setzte die Polizei Schlagstöcke gegen Demonstranten der 'Narmada Bachao Andolan' ein und verhaftete mehrere Aktivisten der Bürgerbewegung, unter ihnen die Gewinnerin des Alternativen Nobelpreises von 1992, Medha Patkar. Eine Abordnung der Bürgerbewegung war zum Taj-Hotel gezogen, um gegen die kurzfristige Absage eines Treffens zwischen Preston und Vertretern der Bürgerinitiative zu protestieren. Preston hatte das geplante Gespräch mit den Aktivisten der Anti-Narmadakampagne mit der Begründung abgesagt, er und seine Frau müßten zu einer Modenschau. Als die etwa 200 Mitglieder der 'Narmada Bachao

Andolan' aus Protest gegen diese Absage den Verkehr vor dem Hotel blockieren wollten, setzte die Polizei Schlagstöcke ein und zertrümmerte mehrere Personen, darunter Medha Patkar und zwei Reporter, in die bereitstehenden Polizeiautos.

Nach Gesprächen mit Premierminister Rao, Finanzminister Singh, Umweltminister Nath und dem Ministerpräsidenten von Gujarat, Patel, hat Preston noch einmal die Bereitschaft der Weltbank bekräftigt, die finanzielle Hilfe für den umstrittenen Dammbau fortzusetzen. Nach dem Treffen mit dem indischen Umweltminister hieß es, Preston habe sich über die von der indischen Regierung unternommenen ökologischen und sozialen Begleitmaßnahmen zum Narmadaprojekt informiert und wisse sie durchaus zu schätzen (zu 'Narmada' siehe auch ausführlichen Artikel in dieser Ausgabe).

Neue Spezialeinheit zur Bekämpfung kommunalistischer Unruhen

Der Innenminister der indischen Union hat eine neue Polizeieinheit zu Bekämpfung der zunehmenden kommunalen Unruhen ins Leben gerufen. Die schnelle Eingreifstruppe ('Rapid Action Force' - RAF) wird zunächst in fünf Bundesstaaten stationiert, die besonders anfällig für kommunale Unruhen und Ausschreitungen sind: Andhra Pradesh (Hyderabad), Gujarat (Ahmedabad), Uttar Pradesh (Varanasi, Aligarh, Ghaziabad, Meerut, Allahabad), Bihar (Darbhanga oder Jhansipur), Rajasthan (Jaipur) und in der Hauptstadt selbst. Die 8.000 Mann starke Polizeitruppe wird mit Schlagstöcken, Tränengasgranaten, Gummigeschossen und anderen Waffen zur Bekämpfung von Unruhen ausgerüstet und untersteht dem Polizeikommando in Delhi.

Mit Blick auf zunehmende Gewalttätigkeiten und kommunale Unruhen auch in Südindien empfiehlt der Innenminister den Bundesstaaten dieser Region die Einrichtung einer gemeinsamen Antiterrortruppe, da "extremistische Kräfte nur in einer gemeinsamen Anstrengung und durch enge Kooperation der Polizeikräfte der verschiedenen Bundesstaaten erfolgreich bekämpft werden können".